

## 22.11.2018: Interview mit Smart Investor (Link)

### Smart Investor:

Herr Dr. von Hohenhau, lange Zeit wurde der sogenannte „Globale Pakt für Migration“ (GCM) in Deutschland auf medialer und parlamentarischer Sparflamme gehalten. Was steckt hinter dieser Geheimniskrämerei?

### v. Hohenhau:

Die Öffentlichkeit war geschockt, als nach Aufforderung der Bundeskanzlerin im Jahr 2015 weit über eine Million Menschen aus Nahost und Afrika in endlosen Kolonnen über den Balkan zogen und Deutschland ohne Grenzkontrollen fluteten. Aus welchen Gründen immer: Dies war gewollte Politik der Bundeskanzlerin und der Zustrom wurde nur gebrochen, weil die Ungarn mit Orbán und andere Nachbarländer die Grenze dicht gemacht haben. Dafür werden diese bis heute geschmäht und unsere Regierung erdreistet sich sogar zu behaupten, sie selbst habe das Problem in den Griff bekommen. Selbst danach sind hunderttausende weitere Migranten eingeströmt. Trotz dieses verheerenden Gesamtzustandes hat unsere eigene Regierung gleichzeitig zielstrebig und maßgeblich auf den Migrationspakt hingearbeitet. Damit soll Migration legalisiert und der Protest hiergegen erstickt werden. Weil der Regierung die mehrheitliche Ablehnung der Migration bekannt ist, gleich ob geregelt oder ungeregelt, wurde die Arbeit am GCM weitgehend still und unauffällig vorangetrieben. Dabei haben wir genügend eigene Hilfsbedürftige, um die wir uns schon heute zu wenig kümmern. Und vom Mainstream war bezeichnenderweise nichts zu hören, der ja sonst jeden Unsinn aufgreift (Maßen!).

Über die Ziele, die die Frau Kanzlerin und ihre Helfershelfer mit der Migration verfolgen, wird viel spekuliert. Betrachtet man die Folgen der Migration, kommt man den Antworten schon näher: Migration löst schrittweise die Identität eines Volkes bzw. einer Nation auf, untergräbt dauerhaft klar definierbare nationale Interessen und zerreißt die landestypischen sozialen Bindungen, Gewohnheiten und Traditionen: So wird aus einer Nation mit klar umrissenen Merkmalen und liebenswürdigen Besonderheiten ein instabiler und leicht lenkbarer Menschenbrei, der beliebig hin- und hergeschoben werden kann. Und wem nutzt das: Zum Beispiel den Eurokraken. Diesen sind die Nationalstaaten ohnehin der Dorn im Auge. Aber nicht nur diesen: Herr [Willy Wimmer](#), ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, vermutet kaum zu Unrecht, dass Deutschland durch den wirtschaftlich-militärischen Komplex der USA zum dritten Mal in hundert Jahren als „Rammbock“ gegen Russland instrumentalisiert werden soll. Das ist mit einer in sich stabilen deutschen Bevölkerung - Gott sei Dank - nicht noch einmal zu machen.

Doch Großes bewegt Großes: Also wird Migration als Mittel zur Destabilisierung des Landes eingesetzt, wie das ja weltweit seit Jahrzehnten praktiziert wird. Traurig nur, dass unsere Regierung da mitmacht.

### Smart Investor:

Nun, da der Pakt ins Scheinwerferlicht gezerrt wurde, wird uns versichert, er sei „rechtlich unverbindlich“. Dennoch wimmelt es dort von **politischen** (Selbst-)Verpflichtungen. Wie ist das zu bewerten?

## Dr. von Hohenhau

Unter [www.global-compact-for-migration.de](http://www.global-compact-for-migration.de) ist für Nichtjuristen eine lesbare „Kurzfassung“ des GCM abgedruckt. So kann man relativ schnell verstehen, um was es geht. Weit über hundert Staaten wollen mit Unterzeichnung des GCM angeblich einen „unverbindlichen Kooperationsrahmen“ (Präambel, Ziff. 4, 7) schaffen, um die **internationale Migration zu verbessern** zumal **angeblich Migration eine Quelle des Wohlstands** sei (Präambel, Ziff. 8).

Für einen unabhängigen Juristen ist die Sache sonnenklar: Schon der Wortlaut spricht gegen das „Unverbindliche“ dieses Vertrages: Ein „Pakt“ ist kein Kooperationsrahmen und keine unverbindliche Absichtserklärung (Pacta sunt servanda – Verträge muß man halten!). Und mit etwas Phantasie lässt sich das ohnehin weit auslegen: Innerhalb eines flexiblen - und nur insoweit nicht bindenden - Rahmens gehen die Signaturstaaten rund **100 ausdrücklich und konkret benannte Verpflichtungen** ein. Wer das unterschreibt, muss es erfüllen! Oder will sich die deutsche Regierung im zukünftigen Ernstfall etwa darauf berufen, sie werde die von ihr unterschriebenen Verpflichtungen nicht einhalten, denn der Vertrag sei - entgegen seinem Wortlaut - kein verpflichtender Vertrag, nur ein Kooperationsrahmen, ein unverbindliches Stück Papier, nur Schall und Rauch?!

Bei internationalen Vereinbarungen entwickeln zudem auch bloße Absprachen und Abmachungen („Soft Law“) häufig die Wirkung gültiger Gesetze, zumindest eine strenge moralische Bindungswirkung, der man sich letztlich nicht entziehen kann. Der vorliegende GCM schwebt wegen seines insoweit diffusen und widersprüchlichen Vertragstextes zwischen „Soft Law“ und „Strengvertrag“, also einem Vertrag mit unzweideutiger Bindungswirkung. Im Hinblick auf die Stellung der Vertragspartner hat der GCM **eindeutig vertraglichen Bindungs- und Verpflichtungscharakter**.

Eine Regierung, die beabsichtigt eine solche „Kooperationsvereinbarung“ unterschreibt und ausgerechnet damit um Zustimmung wirbt, die über **100 Verpflichtungen** würden ja nur **unverbindlich** eingegangen, handelt unredlich – gegenüber ihrer betroffenen Bevölkerung, gegenüber ihren Vertragspartnern und letztlich auch gegenüber den Migranten. Wenn die Bundesregierung tatsächlich so handeln will, dann wäre sie zumindest gut beraten, ihre Vertragsunterschrift ausdrücklich und schriftlich unter Vorbehalt zu stellen.

### Smart Investor:

Und wie könnte ein solcher Vorbehalt konkret aussehen?

### Dr. v. Hohenhau

Einfach ausgedrückt: Die BRD erklärt in einem Zusatzprotokoll vor Vertragsunterschrift folgendes:

*Die Unterschrift und wirksame Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zum GCM steht unter dem ausdrücklichen rechtlichen Vorbehalt, dass sich **a)** die in Präambel Ziffer 7 für den Kooperationsrahmen niedergelegte „Unverbindlichkeit“ auch auf alle im Vertrag enthaltenen Verpflichtungen erstreckt, gleich wie diese im Wortlaut einzeln bezeichnet werden, und **b)** alle Verpflichtungen des Vertrages wechselseitig sind, also insbesondere Zielländer und Herkunftsländer treffen.*

**Smart Investor:** Was sind die Ursachen und die aus Ihrer Sicht wesentlichen Kritikpunkte am Pakt?

## v. Hohenhau:

**v. Hohenhau:** Es ist die in jeder Hinsicht ins Auge springende Einseitigkeit des Vertrages: Migration wird apodiktisch und ausschließlich als „positive Quelle des Wohlstands“ gekennzeichnet. Dazu kommen Auslassungen, Dummheiten und das Geschwätz über Migrationsursachen. Die kleptomane Machtstrukturen der Herkunftsländer bleiben ebenso unerwähnt, wie die aus der Migration zwangsläufig für die Zielländer folgenden Probleme.

Es ist der Versuch die rechtswidrige „Politik der Schleusenöffnung“ aus dem Jahre 2015 zu kaschieren, nachträglich zu pseudolegalisieren und weiter fortzuführen. Denn der Inhalt des GCM wurde maßgeblich von unserer eigenen Regierung mitbestimmt. Die Oberflächlichkeit der Bundestagsdebatte am 8.11.2018 war teils ebenso grandios wie erschreckend, was insbesondere für den juristisch gänzlich abseitigen Beitrag von [Dr. Stephan Harbarth](#) (CDU/CSU) zutrifft. Aber die Regierung weiß wie man Helfer gewinnt. Harbarth ist nach [Mitteilung der FAZ](#) von der Kanzlerin als Nachfolger für den im Jahr 2020 scheidenden Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes auserkoren worden. Damit kann man auch Grund, Inhalt und Wert seines Redebeitrags zum GCM besser einordnen. Erstaunlicherweise ist bislang nur die [AfD gegen die Unterzeichnung](#).

Zudem wird Migration im GCM für die Zukunft gewissermaßen als „Menschenrecht“ formuliert: Die Bürger armer bzw. notleidender Herkunftsländer dürfen danach grundsätzlich und jederzeit aus ihrem Land wegziehen und sich durch Transitländer, also grenzüberschreitend, ungehindert in ein anderes Land begeben. Diese moderne Variante (safe, orderly and regular) der Völkerwanderung haben die Zielländer in allen Phasen des „Migrationszyklus“ zu unterstützen, bis zur Aufnahme der Migranten. Das beginnt mit der Beratung vor der Abreise und reicht vom Schutz und der umfassenden Betreuung auf dem Weg bis, zum Zugang zu den Sozialsystemen.<sup>1</sup> Der die Zielländer betreffende Pflichtenkatalog ist schier endlos und umfasst im [GCM-Original-Vertrag](#) 34 dichte Seiten. Auch für das Wohl der Transitländer haben die Zielländer zu sorgen.

## Smart Investor

Und wo liegen die **Verpflichtungen der Herkunftsländer**?

## v. Hohenhau

Nun jedenfalls besteht (zumindest auf dem Papier) ihre Verpflichtung darin, den Migranten vor und während ihrem „Migrationszyklus“ jederzeit auf Zuruf irgendwelche Papiere auszustellen. Sonstige Pflichten der Herkunftsländer sucht man hingegen, von der vagen Rücknahmepflicht nach Ziel 21 abgesehen, weitgehend vergeblich. Kein Satz, keine irgendwie geartete Verpflichtung der Herkunftsländer die Verhältnisse im eigenen Land aus eigenem Antrieb zu verbessern (Good Governance) - man kann den Vertrag in allen 23 Zielvorgaben komplett durchgehen - einfach Nichts! 34 Seiten Verpflichtungen und im „Gegenzug“ werden vom Herkunftsland „gültige Reisepapiere“ ausgestellt. Das soll für uns von Vorteil sein? Dieser Vertrag wird wie ein gigantischer „Migrations-Turbolader“ in den Herkunftsländern die Entsorgung lästiger Bevölkerungsteile bewirken, zur Quelle ewiger Veruntreuung werden und unsere eigene Gesellschaft binnen 20 Jahren komplett umkrepeln. Der Pakt ist so einseitig negativ für uns, dass er schon deshalb vor der Öffentlichkeit peinlich verborgen werden musste. Und Sie wissen ja selbst, wichtig ist, was in einem Vertrag nicht drin steht. Und beim GCM fehlt beispielsweise jegliche Ausstiegsklausel. Schon komisch.

Stellen sie sich einfach vor, Sie würden als Familienoberhaupt ihrem armen Nachbarn entsprechend den Regeln des GCM das Recht einräumen, mit seiner ganzen Sippschaft zu Ihnen in die Wohnung zu ziehen und dort zu bleiben. Wären Sie dazu wirklich bereit? Und was würde der Rest Ihrer Familie dazu sagen?

So etwas unterschreibt man nur, wenn man nicht mehr klar bei Verstand ist oder dem eigenen Volk gezielt schaden will.

#### **Smart Investor:**

Immer mehr der potenziellen Aufnahmeländer einer globalen Migration gehen auf Distanz. Was erwarten Sie für das deutsche Abstimmverhalten am 10./11. Dezember in Marrakesch?

#### **v. Hohenhau:**

Ja, die Zahl der Einsichtigen steigt schnell an.<sup>2</sup> Gut so! Auch unser Nachbar Österreich wird nicht mitmachen, selbst die Schweiz, Bulgarien und insbesondere Israel - wo man den GCM als „Pakt der Wölfe“ bezeichnet - werden wohl die Unterschrift verweigern. Doch uns Deutsche erinnert das Ganze eher an die uralte „Geschichte vom Wolf und den sieben jungen Geißlein“: Besser man macht dem Wolf die Tür erst gar nicht auf!

Dennoch denke ich, die Regierung wird das wohl dennoch in der üblichen Manier, also gegen den offensichtlichen Willen der Bevölkerung, einfach durchziehen - wenn es bis dahin kein allzu großes Geschrei gibt. Sollte das wider Erwarten doch passieren, wird eben über die Presse so lange brainwashing betrieben, bis (fast) jeder im Detail verstanden hat, wie vorteilhaft und alternativlos der Migrationspakt für Deutschland sein wird – und das obwohl schon heute allein **2 Millionen Kinder** in Deutschland [von Harz IV abhängen!](#)

Das wäre dann nach Target2, ESM und Grenzöffnung der vierte schwere Schlag gegen die Grundmauern unseres Staates – aber die Mehrheit der Abgeordneten wird dennoch ruhig weiterschlafen.

*Unser Gesprächspartner, Dr. Siegfried von Hohenhau, ist Jurist, hat neben seiner früheren Anwaltstätigkeit über viele Jahre in Westafrika ein Unternehmen aufgebaut und geleitet. Sein Domizil ist heute Malta (faktisch ein „Transitland“) gegenüber dem „Haupttransitland“ Libyen. Ursache, Ziele, Wege und Wirkung der Migration sind ihm vertraut. Er ist Verfasser einer [GCM-Kommentierung](#).*

---

<sup>1</sup> Beispiele: Beratung vor der Abreise 3. (19) e), Schutz und Reisebetreuung 3. (19) c), Migration per Flugzeug 4. (20) b), vereinfachte Grenzkontrollen 11. (27) a), Vorzugsbehandlung bei Straftaten 13. (29) f) h), umfassende Berufsbetreuung 5. (21) a) – j), Beratungsleistungen jeder Art 7. (23) h – k, 12. (28) b, Zugang zu den Sozialsystemen 4. (20) f), 15. (31) a – f)

<sup>2</sup> Diese Länder werden voraussichtlich nicht unterschreiben: Außerhalb Europas: USA Australien China Japan Südkorea Israel. In Europa: Ungarn Österreich Polen Bulgarien Slowenien Tschechien Dänemark Italien Kroatien Niederlande Schweden Estland Schweiz